

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Nimptsch,
Mitglieder des Rates der Stadt Bonn,

wie inzwischen aus Presseartikeln der jüngeren Vergangenheit bekannt ist, sind in Deutschland einige hundert Geflüchtete aus Italien gestrandet.

Etwa 25000 Menschen, die 2011 vor dem eskalierenden Krieg in Libyen nach Lampedusa flüchteten oder von Gadaffis Truppen dorthin gezwungen wurden, wurden seitdem bis zum März dieses Jahres durch ein spezielles Notstandsprogramm Italiens mehr schlecht als recht versorgt. Anfang 2013 wurde allen Flüchtlingen ein Visum aus "humanitären Gründen" ausgestellt und sie bekamen 500 € mit der Aufforderung, die Flüchtlingslager zu verlassen. Die meisten dieser Menschen leben nun schon seit Monaten in Italien auf der Straße, einige von ihnen flohen weiter in nördliche EU-Länder in der Hoffnung auf eine bessere Lebenssituation dort.

Das ausgestellte Visum berechtigt diese Menschen nur dazu, sich als Touristen in Deutschland aufzuhalten und beinhaltet keine Arbeitserlaubnis. Somit ist es ihnen unmöglich sich selbst zu versorgen, aber auch Unterstützung kommt ihnen keine zu. Und das nicht nur – wie die Berichte vielleicht vermuten lassen – in Hamburg, sondern auch bei uns in Bonn. Der einzige Umstand, der dazu führte, dass drei von ihnen – Mohammed, Sabi und Obinna – hier in Bonn nicht auf der Straße leben müssen, war, dass sie durch unsere Gruppe und mit der Hilfe zivilgesellschaftlicher Organisationen eine geringe finanzielle Unterstützung und mit Glück ein vorübergehend leerstehendes WG-Zimmer bekamen.

Es ist der Verwaltung in Bonn bekannt, dass es auch in Bonn mittel- und obdachlose Menschen gibt, denen wie in Hamburg jegliche Unterstützung durch die Stadt versagt wird. Nach jahrelanger Flucht haben sie noch immer keinen Ort gefunden, der ihnen ein friedliches und menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Hier sehen wir die Stadt Bonn, die sich als weltoffen und international versteht, in der Verantwortung. Die Geflüchteten kamen alle nicht freiwillig, sondern in der Folge des Krieges in Libyen nach Europa. Durch das, maßgeblich von Ländern wie Deutschland und Österreich initiierten, Dublin II-Abkommen ziehen sich nördliche EU-Staaten aus der Verantwortung und überlassen es südlichen Staaten wie Italien und Griechenland den Tausenden von Flüchtlingen an den EU-Grenzen eine Versorgung zu stellen. Und das, obwohl bekannt ist, wie prekär und menschenunwürdig die Situation vor Ort ist. Aus diesem Grund haben bereits mehrere deutsche Gerichte verhindert, dass Menschen nach Italien zurückgeschoben werden.

Wir fordern im Namen der hier Gestrandeten die Stadt Bonn auf, ihnen einen sicheren Aufenthalt, Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, dem Arbeitsmarkt, Wohnungen, medizinischer Versorgung und Bildung zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen,

refugees welcome [Bonn]

Unterstützende:

Refugees Welcome

Bonn



Kein Mensch ist illegal – Köln



Asyl in der Kirche e.V. - Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft



Attac Gruppe Köln



ev. Johanniskirchengemeinde Bonn-Duisdorf



Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg

Tel: 0391 – 53 71 281
Fax: 0391 – 53 71 280
Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.



Klaus Thüsing,
Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Afrikanisches Zentrum e.V.